

16. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Kein Wildwuchs rund um das Humboldt-Forum

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, die Bebauung des Grundstücks Schlossplatz 2 durch das Unternehmen ThyssenKrupp erst zu genehmigen, wenn die baulichen Rahmenbedingungen im Rahmen eines Bebauungsplanverfahrens festgesetzt wurden. Dieses Bebauungsplanverfahren ist auf die Festlegungen für die zukünftige Bebauung der sog. Schlossfreiheit auszuweiten. Eine Festlegung soll erst erfolgen, wenn die Pläne zum Humboldt-Forum so detailliert untersetzt sind, dass die notwendige städtebauliche Abstimmung der angrenzenden Bauflächen gewährleistet werden kann.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. September 2007 zu berichten.

Begründung

Der Verkauf des Grundstücks am Staatsratsgebäude an das Unternehmen ThyssenKrupp braucht eine klare planungsrechtliche Grundlage. Was für den Potsdamer Platz, den Leipziger Platz und den Pariser Platz gegolten hat, muss auch für die Bebauung des Schlossplatz gelten.

Doch hier lief bislang alles anders. Die 1993 eingerichtete Entwicklungsmaßnahme Regierungsviertel bietet die Möglichkeit, Grundstücke ohne Bieterwettbewerb zu vergeben. Der aus dem gleichen Jahr stammende Bebauungsplan I-205 ist aufgestellt, aber nicht festgesetzt, somit unwirksam und inzwischen völlig veraltet. Das 1999 beschlossene Planwerk Innenstadt erlaubt wiederum die Erteilung von Baugenehmigungen nach §34 BauGB. Der Senat hat all diese Möglichkeiten zielgerichtet ausgenutzt, um das Grundstücksgeschäft mit Thyssen Krupp möglichst unbemerkt und ohne öffentliche Diskussion über die Bühne zu bringen. Auf einen städtebaulichen Vertrag mit dem Erwerber wurde verzichtet.

Die öffentliche Diskussion um die stadtplanerische und architektonische Gestaltung des Schlossplatz blieb dabei auf der Strecke. Die nötige Debatte gilt es nachzuholen. Der Schlossplatz mit Humboldtforum, Staatsratsgebäude und neuer Randbebauung samt ThyssenKrupp ist als Einheit zu betrachten. Der Senat hat mit Hinweis auf das Projekt des Humboldt-Forums das Bebauungsplanverfahren für die vom Planwerk ebenfalls vorgesehene Bebauung der Schlossfreiheit zurückgestellt. Dies sollte auch für das neu gebildete und ohne planungsrechtliche Grundlage verkaufte Grundstück »Schlossplatz 2« gelten.

Berlin, den 27. Juni 2007

Eichstädt-Bohlig Ratzmann Otto
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen